H-Net Reviews
in the Humanities & Social Sciences

Konsensgesellschaften in der Krise? Großbritannien und die Bundesrepublik seit den 1970er Jahren. Jena: Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts; Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, 09.07.2012-10.07.2012.

Reviewed by Martin Diebel
Published on H-Soz-u-Kult (November, 2012)

Konsensgesellschaften in der Krise? Großbritannien und die Bundesrepublik seit den 1970er Jahren

Auf Einladung von DIETMAR SÜß (Jena) und WINFRIED Süß (Potsdam/Göttingen) diskutierten jüngere Historikerinnen und Historiker aktuelle Forschungsprojekte zur deutsch-britischen Geschichte seit den 1970er-Jahren. Im Mittelpunkt stand der Zäsurcharakter der Epoche "nach dem Boom". Vgl. Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen, 3. Aufl. 2012. Dabei ging es um unterschiedliche Bereiche: um Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, um Fragen von "Sicherheit" und "Ordnung", um das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft sowie um Kultur und Musik. In ihrer Einleitung stellten die Veranstalter den doppeldeutigen Begriff der "Konsensgesellschaften" zur Diskussion. Einerseits nehme er die Wahrnehmung der Zeitgenossen ernst, dass die in der Nachkriegszeit etablierten wohlfahrtsstaatlich fundierten gesellschaftlichen Basiskompromisse und Politikmuster seit den 1970er-Jahren zunehmend in die Defensive geraten seien. Zugleich sei aber der "Konsensbegriff" nie wertneutral, sondern immer auch ein Element der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung in beiden Staaten und zudem ein prägendes Narrativ der britischen Nachkriegsgeschichte gewesen, das seinen Höhepunkt in dem Moment erlebt habe, als gerade dieser vermeintliche "Konsens" in die Kritik geriet. Der Versuch, die Ambivalenzen dieses "Konsens" auszuleuchten, so eine Ausgangsüberlegung des Workshops, sei insbesondere für vergleichende und transfergeschichtlich angelegte Arbeiten viel versprechend. Zudem werde es möglich, die Debatten über die 1970er-Jahre stärker als bisher als Teil einer europäischen Geschichte zu schreiben und nach Kontinuitäten, Zäsuren, Wandlungs- und Lernprozessen westlich-demokratischer Gesellschaften zu fragen.

In diesem Sinn näherte sich JENNY PLEINEN (Trier) der Frage, inwieweit der Wechsel zu konservativen und tendenziell marktliberal orientierten Regierungen in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik mit ihrer Politik des "welfare retrenchment" den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsens auflöste. Am Beispiel der Debatten über soziale Ungleichheit zeige sich ein Wandlungsprozess weg von einem keynesianisch geprägten und auf gesellschaftlichen Ausgleich angelegten Wirtschaftssystem hin zu einer Wirtschaftsordnung, die die Leitidee der sozialen Gerechtigkeit durch die Norm der Chancengerechtigkeit ersetzt habe, so dass marktvermittelte Ungleichheiten wieder stärker auf die Sozialstruktur durchgeschlagen seien. Im Kontrastbezug dazu gab die konservativ-liberale Regierung unter Helmut Kohl entgegen der zeitgenössischen Kritik keineswegs das "klassische" Modell der sozialen Gerechtigkeit auf. Für einen Politikwechsel fehlte in Westdeutschland die gesellschaftliche Basis, während die Vorstellung eines "public capitalism", der einer breiten Mittelschicht durch Vermögenserwerb die Wohlstandsteilhabe ermöglichen sollte, in den angelsächsischen Demokratien breiten Rückhalt fand. Insgesamt solle man also besser von einem Formwandel statt vom "Ende" des Konsenses sprechen.

Die heftigen Arbeitskämpfe in den altindustriellen Regionen wurden vielfach als Ausdruck für ein Ende des Nachkriegskonsenses betrachtet. ARNE HORDT (Tübingen) diskutierte auf der Grundlage seines Dissertationsprojektes über die Bergarbeiterstreiks in Nordwestengland sowie im Rheinland Ende der 1980er-Jahre die Frage, inwieweit das Scheitern einer Kompromissformel zwischen Gewerkschaften und Politik ein tatsächliches Ende des "Nachkriegskompromisses" symbolisierte. Insbesondere über die Betrachtung der lokalen bzw. regionalen Ebene beider Montanregionen ließen sich Wahrnehmungs- und Deutungsmuster einer Gesellschaft im Umbruch von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nachvollziehen. Indes zeige die Analyse der Konfliktkonstellationen in der Montanindustrie, dass die Deutung von Krisen und die Wahrnehmung von Bedrohungen stets auch eine Frage von Interessen und politis-

cher wie wirtschaftlicher Macht seien. Der Wandel korporatistischer Strukturen sei hier maßgeblich, der gleichwohl nicht plötzlich Mitte der 1980er-einsetzte, sondern einen langen Vorlauf gehabt habe, der mit dem Bedeutungsverlust alter Industriesektoren vor allem im Bergbau zusammengefallen sei.

Auch in anderen Bereichen waren die Brüche keineswegs scharf. Hierauf verwies WIEBKE WIEDE (Trier) mit ihrem Beitrag über Konzepte der Berufsberatung in der Bundesrepublik und Großbritannien. Sie machte darauf aufmerksam, dass die in den 1970er- und 1980er-Jahren wirkenden Krisenpolitiken auf dem Arbeitsmarkt bereits in der "planungsoptimistischen" Phase der 1960er-Jahre entwickelt wurden. Die wirtschaftlichen Krisen und Umbrüche wirkten daher stärker trendverstärkend als trendverändernd auf die Arbeitsmarktpolitik beider Staaten. Ein wichtiger Umstand, der insbesondere durch den Vergleich dieses Politikbereiches deutlich wird, war die Zunahme internationaler Verflechtungen, die zunehmend "Konsensallianzen" auf europäischer und transnationaler Ebene erforderten und damit die nationalstaatlichen Politiken vor neue Herausforderungen stellten.

Dem Wandel ordnungspolitischer Vorstellungen im Bereich der Sicherheitspolitik wandte sich ACHIM SAUPE (Potsdam) zu. Er fragte, in welchem Umfang in der Zeit "nach dem Boom" ein grundlegender - vor allem semantischer - Wandel auf diesem Politikfeld zu beobachten sei. Die in den 1970er-Jahren einsetzenden strukturellen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft wirkten sich nach Saupe direkt auf die Wahrnehmungen von Ordnung und Sicherheit aus. Zentral war hierbei die Frage, inwieweit die bundesdeutschen (Un-)Sicherheitsperzeptionen eine internationale Sonderstellung einnehmen. Damit berührten die Überlegungen Saupes einen zentralen Aspekt der Hypothese einer Gesellschaft "nach dem Boom", nämlich die einer "krisenhaften" Zuspitzung gesellschaftlicher Entwicklung. Seit dieser Zeit diente der Begriff "innere Sicherheit" der "innenpolitischen Legitimation von Staatlichkeit" (K. Weinhauer). Am gewandelten Bedeutungsinhalt dieses Begriffs würden zentrale gesellschaftliche Veränderungen sichtbar. Bezog sich die "innere Sicherheit" Anfang der 1970er-Jahre noch stark auf die Bedrohung durch den Terrorismus, rückten im Laufe der Zeit auch Gefährdungslagen durch technische Entwicklungen oder die organisierte Kriminalität in den Blickpunkt. Mit der Zunahme des Sicherheitsdenkens wurden wiederum zunehmend individuelle Rechte bedroht, womit die Diskussion um das Gleichgewicht zwischen innerer Sicherheit und individueller Freiheit zunehmend zu Spannungen zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft führte - der gesellschaftliche Konsens der "inneren Ordnung" der 1950er- und 1960er-Jahre wurde zurückgedrängt (Saupe).

Im Kontext der Diskussionen um "Sicherheit" stand auch der Vortrag von KLAUS WEINHAUER (Bielefeld). Dieser beschäftigte sich in seiner Untersuchung urbaner Kulturen in Hamburg, Liverpool und Amsterdam mit dem Phänomen großstädtischer Gewalt, das seit dem Ende der 1960er-Jahre verstärktes öffentlich-mediales Interesse erfuhr und Einzug in die Diskussion transnationaler Organisationen hielt (z.B. Interpol). Die Debatten um die "urban crisis" wurden dabei als Scheitern der Konzepte von Stadtplanern und Politikern aus den 1960er-Jahren interpretiert und fielen mit einer Phase verstärkter städtischer Krisenwahrnehmungen zusammen. Weinhauer deutete die Gewalt als einen Ausdruck der seit Ende der 1960er-Jahren einsetzenden Entwicklungen hin zu einer "Urbanisierung der Wohlstandsgesellschaft". Zentraler Aushandlungsbegriff, so Weinhauer, war hierbei wiederum der Begriff der "Sicherheit". Der Vergleich machte deutlich, dass es sich beim Problem Jugendkriminalität in Großstädten um ein internationales Phänomen handelte - nicht zuletzt, weil die Politiker in Europa eine Entwicklung ähnlich wie in den USA befürchteten, wo die urbanen Ballungsräume in zunehmendem Maß als unkontrollierbar galten. Anhand der Transferprozesse - so zum Beispiel der Einfluss der "Defensible Space"- Theorie (Oscar Newman) - kann aufgezeigt werden, dass städtische Jugendgewalt nicht als lokal, regional oder national begrenztes, sondern als international verbreitetes Phänomen betrachtet werden muss.

Auf kultureller Ebene beschäftigte sich FERNANDO ESPOSITO (Tübingen) in seinen Überlegungen zum Pop und Punk der 1980er-Jahre mit dem Wandel zeitpolitischer Ordnungsvorstellungen. Diese seien direkte Folge einer allgemein konstatierten Beschleunigung des Zeitverlaufs gewesen und hätten sich in Phänomenen wie dem "digitalen Finanzmarktkapitalismus" und der Globalisierung manifestiert. Mit diesen Wandlungsprozessen traten neue Vorstellungen von Zukunft und Zeitabläufen in den Vordergrund, die vorwiegend als negativ betrachtet wurden: von einer "Krise der Zukunft" war die Rede. Die *nofuture*- Bewegung stand dabei auch für eine allgemeine, über den Kreis dieser Bewegung hinausgehende Skepsis gegenüber dem Wachstum- und Fortschrittsparadigma. Für Teile der bundesdeutschen wie vor allem der britischen Gesellschaft bedeutete Punk den Phänotyp des drohenden Untergangs. Dieser stellte dem Zeitregime des kapitalistischen Wirtschaftssystems

ganz bewusst seine hedonistischen und auf den sofortigen Konsum ausgerichteten Lebensentwürfe gegenüber. Doch der internationale Vergleich zeigt, dass eben diese Kritik in die kapitalistische Wirtschaftsweise Eingang fand, in Gestalt der "*new economy*". In dieser Perspektive waren der Punk und seine Skepsis an althergebrachten zeitlichen Vorstellungen Ausdruck einer sich im Umbruch befindenden Industriegesellschaft.

Dem vielfach als Erosion einer konsensorientierten Gesellschaft gedeuteten Phänomen zunehmender Individualisierung - in Gestalt von Subkulturen mit spezifischem Habitus und Konsummustern -, widmete sich auch KLAUS NATHAUS (Bielefeld). In seinem Beitrag über die Entwicklungen der Musikindustrie vertrat er die These, dass die Individualisierung und Ausdifferenzierung des Musikgeschmacks Ende der 1970er-Jahre vorwiegend ein von den Machern dieser Musik gesteuerter Prozess gewesen sei. Die Pop-, Rock- oder Punkmusik lasse sich daher weniger als Ausdruck des "Zeitgeistes", also eines Phänomens einer "Konsensgesellschaft in der Krise" fassen, denn als Ergebnis zielgerichteten Handelns einer international agierenden Musikbranche mit spezifischen Regeln der Produktion und Distribution. Zudem verschließe der Begriff den Blick auf die Gleichzeitigkeit von Konvergenz und Differenz. Nathaus betonte, wie wichtig es sei, die USA als Referenzpunkt für einen deutsch-britischen Vergleich im Blick zu behalten, übte die dortige Musikbranche doch einen erheblichen Einfluss auf den europäischen Musikmarkt aus.

Die zentrale Bedeutung transatlantischer Verflechtungen wurde in der Abschlussdiskussion mehrfach aufgegriffen. Weiterhin wurde intensiv über das Verhältnis kultur- und sozialgeschichtlicher Zugänge debattiert. Die gewachsene Bedeutung sozialhistorischer Themen in der jüngeren Zeitgeschichte stehe nicht für eine "Reanimierung akademischer Mumien" und alter Konfliktlinien, so Winfried Süß (Potsdam/Göttingen), sondern erwachse aus der produktiven Integration unterschiedlicher Perspektiven. "Der alte Graben zwischen Sozial- und Kulturgeschichte ist zugeschüttet." Als generelles Problem stand zudem der Begriff einer "Konsensgesellschaft" und dessen Tauglichkeit als heuristisches Instrument zur Diskussion. Die Fragen nach der Operationalisierbarkeit sowie der zeitlichen Abgrenzung für die historische Forschung seien nur fallweise zu beantworten, so RÜDIGER GRAF (Bochum). KIM PRIEMEL (Berlin) schlug hierzu eine differenziertere Herangehensweise vor. Denn es bleibe doch wichtig, in welchen gesellschaftlichen Bereichen Konsens und in welchen Dissens vorherrschte und wie die politische Verteilung dieser beiden sich gestaltete. Eine kultur- und sozialgeschichtlich orientierte Forschung müsse diese von den Zeitgenossen artikulierten Problemlagen und Krisenwahrnehmungen aufgreifen und in ihre Analyse mit einbeziehen. Handelt es sich bei Konsensgesellschaft um eine Eigenwahrnehmung, um eine historische Zuschreibung, retrospektive Verklärung oder gar um eine Instrumentalisierung durch unterschiedliche Akteure? Was also bezeichnet der Begriff Konsensgesellschaft und wie ist dieser gegenüber anderen Begriffen abzugrenzen? Inwieweit betrachteten sich unterschiedliche soziale Gruppen in Großbritannien und der Bundesrepublik selbst als Teil einer Konsensgesellschaft? So ist es beispielsweise mit Blick auf die zeitgenössische britische Konsensdebatte wichtig, derartige Großerzählungen über einen "Nachkriegskonsens" auf ihren politischen und ideologischen Zweck zu hinterfragen. Vgl. hierzu auch Kerstin Brückweh / Martina Steber, Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen, in: AfS 50 (2010), S. 671-701, hier S. 698. Der Begriff der "Konsensgesellschaften in der Krise" verweise weniger, so das Resümee, auf den Niedergang einer konsensorientierten Politik, als auf die Frage nach neuen Konsensentwürfen, die auf die ökonomischen, sozialstrukturellen und sozialkulturellen Veränderungen seit den 1970er-Jahren reagierten.

Konferenzübersicht:

Einführung: Dietmar Süß (Jena) / Winfried Süß (Potsdam, Göttingen)

Jenny Pleinen (Trier): Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit

Kommentar: Rüdiger Graf (Bochum)

Moderation: Julia Angster (Kassel)

Wiebke Wiede (Trier): Das arbeitslose Subjekt. Berufsberatung in der Bundesrepublik und in Großbritannien 1964-1990

Arne Hordt (Tübingen): Aufruhr in der Montanregion? - Nordostengland und das Ruhrgebiet in den 1980er Jahren

Kommentar: Kim Priemel (Berlin)

Moderation: Frank Bösch (Potsdam)

Achim Saupe (Potsdam): Die politische Semantik von Sicherheit und Ordnung

Klaus Weinhauer (Bielefeld / Berlin): Urbane Gewaltkulturen der 1960er bis 1980er Jahre: Hamburg, Liverpool und Amsterdam

Kommentar: Jörg Arnold (Freiburg)

Moderation: Elke Seefried (München)

Klaus Nathaus (Bielefeld): Institutionalizing Genres: The Production and Consumption of Popular Music

Fernando Esposito (Tübingen): Die Dekolonialisierung der Zukunft. Pop, Punk und eine alternativechronopolitische Ordnung

Kommentar: Marcel vom Lehn (Jena)

Moderation: Kerstin Brückweh (London)

Bilanz (Winfried Süß/Dietmar Süß)

Abschlussdiskussion

If there is additional discussion of this review, you may access it through the list discussion logs at:
http://h-net.msu.edu/cgi-bin/logbrowse.pl.

Citation: Martin Diebel. Review of , *Konsensgesellschaften in der Krise? Großbritannien und die Bundesrepublik seit den 1970er Jahren.* H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. November, 2012.
URL: http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=37654

Copyright © 2012 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.